

Tirol wählt. #fairändern Kandidatenbefragung – Gesamtübersicht

Wir haben den aussichtsreichsten 54 Kandidaten von ÖVP, SPÖ, FPÖ, Grünen, Liste Fritz, Neos und MFG eine Umfrage zu den Kernpunkten von #fairändern und aktuellen diesbezüglichen Themen zukommen lassen. Im Folgenden sehen Sie die eingegangenen Antworten. Von einigen Parteien kam eine Rückmeldung der Landesparteizentrale, bei anderen Parteien antworteten einzelne Kandidaten.

Wir geben keine Wahlempfehlung ab!

Die Wahlentscheidung ist eine sehr persönliche und hängt von vielen verschiedenen Faktoren ab, auf keinen Fall wollen wir eine Wahlempfehlung abgeben. Die hier angeführten Antworten der Kandidaten dienen allein der Orientierung über die Positionen zu #fairändern bzw. diesem Themenbereich. Wir möchten Sie jedoch ermutigen, jenen Personen Ihre Vorzugsstimme zu geben, welche unsere abgefragten Punkte unterstützen (=grüner Daumen).

Uns ist die Komplexität des Themas bewusst und eine Ja/Nein Antwort gibt den Sachverhalt teilweise nur verkürzt wieder. Trotzdem gibt die Auswertung einen Überblick zu den Standpunkten der Parteien bzw. Kandidaten. Zudem hatten die befragten Kandidaten die Möglichkeit, persönliche Stellungnahmen abzugeben.

Vorzugsstimmen

Sie können nur eine Partei wählen, aber bis zu zwei Vorzugsstimmen vergeben! Es ist möglich, innerhalb der ausgewählten Partei den Namen eines Landeskandidaten hinzuschreiben, sowie einen Regionalwahlkreis-Kandidaten anzukreuzen. Die Kandidaten der Landesliste sind in ganz Tirol wählbar. Kandidaten einer Regionalliste sind nur im jeweiligen Wahlkreis wählbar.

Inhaltsverzeichnis

Leja Annette, ÖVP.....	2
Wolf Jakob, ÖVP	4
Fleischanderl Elisabeth, SPÖ.....	5
SPÖ Tirol – Pressestelle	6
Achhorner Evelyn, FPÖ	7
Federspiel Rudi, FPÖ.....	8
Kofler Gudrun, FPÖ.....	9
Walch Fabian, FPÖ.....	10
Arslan Zeliha, Grüne	11
Meir Gebi, Grüne.....	13
Haselwanter-Schneider Andrea, Liste Fritz	14
NEOS	15
MFG	15

Leja Annette, ÖVP

Landesliste (Platz 6)

1. "Das Land Tirol soll Abtreibungen an Landeskrankenhäusern bzw. Abtreibungsambulatorien auch in Zukunft nicht mit Steuergeldern finanzieren." Stimmen Sie dieser Aussage zu?

Ja Nein Keine Angabe

2. Im Bundesland Salzburg gibt es einen Hilfsfonds, der Schwangere in Not finanziell unterstützt, um ein Ja zum Kind zu ermöglichen. Soll ein ähnlicher Fonds auch in Tirol installiert werden?

Ja Nein Keine Angabe

3. Das Land Tirol zahlt unter bestimmten Voraussetzungen einen Teil der Abtreibungskosten. Finden Sie es bedenklich, Steuergeld für diesen Zweck einzusetzen?

Ja Nein Keine Angabe

4. Unterstützen Sie die Einführung einer mindestens 3-tägigen Bedenkzeit zwischen Anmeldung und Durchführung eines Schwangerschaftsabbruchs, wie dies auch bei anderen, nicht notwendigen operativen Eingriffen vorgesehen ist?

Ja Nein Keine Angabe

5. Schätzungen zufolge werden in Österreich jährlich 35.000 Abtreibungen durchgeführt. Sind Sie für eine anonyme Erforschung der Beweggründe für die Schwangerschaftsabbrüche?

Ja Nein Keine Angabe

6. Oft werden Frauen von ihrem Umfeld oft unter Druck gesetzt, abzutreiben. Dieser Druck kann vom Partner der Frau, vom Arbeitgeber, bzw. bei Teenagerschwangerschaften von den Eltern der Schwangeren ausgeübt werden. Welche Vorschläge haben Sie, um hier von politischer Seite Verbesserungen zu erwirken?

Frauen müssen hier selbstbestimmt und frei Entscheidungen treffen können. Das wesentliche Element in diesem Zusammenhang ist in meinen Augen eine umfassende Beratung - vor und nach jeder Entscheidung. Diese Beratung soll auch ohne Partner, ergebnisoffen, niederschwellig und ggf. auch anonym durchgeführt werden können. Um der Ausübung jeden Druckes entgegenzuwirken, braucht es neben dem Beratungsangebot auch eine gesellschaftliche Stärkung der Position aller Frauen.

7. Raum für weitere Anmerkungen

Die bestmögliche Unterstützung und die umfassende Beratung - im Rahmen der derzeit geltenden Rechtslage - haben jedenfalls Priorität. Es wurden Gespräche mit Experten geführt, um die Gegebenheiten in Tirol zu durchleuchten und umsichtig zu beurteilen. Eine Statistik wäre zu begrüßen, weil die Zahl der kolportieren Abbrüche zu hoch sein dürfte. Erklärtes Ziel ist es, die Betroffenen umfangreich zu betreuen und zu beraten, um die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche so gering wie möglich zu halten.

Wolf Jakob, ÖVP

Wahlkreis 3 (Imst)

1. "Das Land Tirol soll Abtreibungen an Landeskrankenhäusern bzw. Abtreibungsambulatorien auch in Zukunft nicht mit Steuergeldern finanzieren." Stimmen Sie dieser Aussage zu?

Ja Nein Keine Angabe

2. Im Bundesland Salzburg gibt es einen Hilfsfonds, der Schwangere in Not finanziell unterstützt, um ein Ja zum Kind zu ermöglichen. Soll ein ähnlicher Fonds auch in Tirol installiert werden?

Ja Nein Keine Angabe

3. Das Land Tirol zahlt unter bestimmten Voraussetzungen einen Teil der Abtreibungskosten. Finden Sie es bedenklich, Steuergeld für diesen Zweck einzusetzen?

Ja Nein Keine Angabe

4. Unterstützen Sie die Einführung einer mindestens 3-tägigen Bedenkzeit zwischen Anmeldung und Durchführung eines Schwangerschaftsabbruchs, wie dies auch bei anderen, nicht notwendigen operativen Eingriffen vorgesehen ist?

Ja Nein Keine Angabe

5. Schätzungen zufolge werden in Österreich jährlich 35.000 Abtreibungen durchgeführt. Sind Sie für eine anonyme Erforschung der Beweggründe für die Schwangerschaftsabbrüche?

Ja Nein Keine Angabe

6. Oft werden Frauen von ihrem Umfeld oft unter Druck gesetzt, abzutreiben. Dieser Druck kann vom Partner der Frau, vom Arbeitgeber, bzw. bei Teenagerschwangerschaften von den Eltern der Schwangeren ausgeübt werden. Welche Vorschläge haben Sie, um hier von politischer Seite Verbesserungen zu erwirken?

Frauen besser finanziell unterstützen

7. Raum für weitere Anmerkungen

—

Fleischanderl Elisabeth, SPÖ

Wahlkreis 9 (Schwaz)

1. "Das Land Tirol soll Abtreibungen an Landeskrankenhäusern bzw. Abtreibungsambulatorien auch in Zukunft nicht mit Steuergeldern finanzieren." Stimmen Sie dieser Aussage zu?

Ja Nein Keine Angabe

2. Im Bundesland Salzburg gibt es einen Hilfsfonds, der Schwangere in Not finanziell unterstützt, um ein Ja zum Kind zu ermöglichen. Soll ein ähnlicher Fonds auch in Tirol installiert werden?

Ja Nein Keine Angabe

3. Das Land Tirol zahlt unter bestimmten Voraussetzungen einen Teil der Abtreibungskosten. Finden Sie es bedenklich, Steuergeld für diesen Zweck einzusetzen?

Ja Nein Keine Angabe

4. Unterstützen Sie die Einführung einer mindestens 3-tägigen Bedenkzeit zwischen Anmeldung und Durchführung eines Schwangerschaftsabbruchs, wie dies auch bei anderen, nicht notwendigen operativen Eingriffen vorgesehen ist?

Ja Nein Keine Angabe

5. Schätzungen zufolge werden in Österreich jährlich 35.000 Abtreibungen durchgeführt. Sind Sie für eine anonyme Erforschung der Beweggründe für die Schwangerschaftsabbrüche?

Ja Nein Keine Angabe

6. Oft werden Frauen von ihrem Umfeld oft unter Druck gesetzt, abzutreiben. Dieser Druck kann vom Partner der Frau, vom Arbeitgeber, bzw. bei Teenagerschwangerschaften von den Eltern der Schwangeren ausgeübt werden. Welche Vorschläge haben Sie, um hier von politischer Seite Verbesserungen zu erwirken?

Druck kann in jede Richtung ausgeübt werden: Die Schwangerschaft fortzusetzen oder diese zu beenden. Das Ziel muss immer sein die Selbstbestimmte Entscheidung der Frau zu unterstützen. Dies schaffen wir mit Aufklärung und Sensibilisierung schon in der Schule. Nur wer seinen eigenen Körper kennt, kann auch klar Grenzen setzen und selbstbestimmt agieren. Tabus müssen gebrochen werden und es braucht eine offene respektvolle Debatte über Sexualität, Schwangerschaft und Schwangerschaftsabbruch.

7. Raum für weitere Anmerkungen

—

SPÖ Tirol – Pressestelle

1. "Das Land Tirol soll Abtreibungen an Landeskrankenhäusern bzw. Abtreibungsambulatorien auch in Zukunft nicht mit Steuergeldern finanzieren." Stimmen Sie dieser Aussage zu?

Ja Nein Keine Angabe

2. Im Bundesland Salzburg gibt es einen Hilfsfonds, der Schwangere in Not finanziell unterstützt, um ein Ja zum Kind zu ermöglichen. Soll ein ähnlicher Fonds auch in Tirol installiert werden?

Ja Nein Keine Angabe

3. Das Land Tirol zahlt unter bestimmten Voraussetzungen einen Teil der Abtreibungskosten. Finden Sie es bedenklich, Steuergeld für diesen Zweck einzusetzen?

Ja Nein Keine Angabe

4. Unterstützen Sie die Einführung einer mindestens 3-tägigen Bedenkzeit zwischen Anmeldung und Durchführung eines Schwangerschaftsabbruchs, wie dies auch bei anderen, nicht notwendigen operativen Eingriffen vorgesehen ist?

Ja Nein Keine Angabe

5. Schätzungen zufolge werden in Österreich jährlich 35.000 Abtreibungen durchgeführt. Sind Sie für eine anonyme Erforschung der Beweggründe für die Schwangerschaftsabbrüche?

Ja Nein Keine Angabe

6. Oft werden Frauen von ihrem Umfeld oft unter Druck gesetzt, abzutreiben. Dieser Druck kann vom Partner der Frau, vom Arbeitgeber, bzw. bei Teenagerschwangerschaften von den Eltern der Schwangeren ausgeübt werden. Welche Vorschläge haben Sie, um hier von politischer Seite Verbesserungen zu erwirken?

Abtreibungen gehören zur Gesundheitsversorgung. Seit 1975 gilt in Österreich die Fristenlösung, in den ersten drei Monaten ist Schwangerschaftsabbruch daher straffrei. In Tirol nimmt nur ein Arzt Schwangerschaftsabbrüche vor, die Selbstbestimmung von Frauen wird dadurch eingeschränkt. Schwangerschaftsabbrüche zählen zu den häufigsten Eingriffen in der Frauenheilkunde und sind eine Aufgabe der Gesundheitspolitik. Frauen muss es ermöglicht werden, diese medizinische Behandlung an öffentlichen Krankenhäusern oder bei niedergelassenen Ärzt_innen vornehmen zu lassen. Wir fordern einen offenen, sicheren und legalen Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen und die Übernahme der Kosten durch die Sozialversicherungsträger.

7. Raum für weitere Anmerkungen

–

Achhorer Evelyn, FPÖ

Landesliste (Platz 4)

1. "Das Land Tirol soll Abtreibungen an Landeskrankenhäusern bzw. Abtreibungsambulatorien auch in Zukunft nicht mit Steuergeldern finanzieren." Stimmen Sie dieser Aussage zu?

Ja Nein Keine Angabe

2. Im Bundesland Salzburg gibt es einen Hilfsfonds, der Schwangere in Not finanziell unterstützt, um ein Ja zum Kind zu ermöglichen. Soll ein ähnlicher Fonds auch in Tirol installiert werden?

Ja Nein Keine Angabe

3. Das Land Tirol zahlt unter bestimmten Voraussetzungen einen Teil der Abtreibungskosten. Finden Sie es bedenklich, Steuergeld für diesen Zweck einzusetzen?

Ja Nein Keine Angabe

4. Unterstützen Sie die Einführung einer mindestens 3-tägigen Bedenkzeit zwischen Anmeldung und Durchführung eines Schwangerschaftsabbruchs, wie dies auch bei anderen, nicht notwendigen operativen Eingriffen vorgesehen ist?

Ja Nein Keine Angabe

5. Schätzungen zufolge werden in Österreich jährlich 35.000 Abtreibungen durchgeführt. Sind Sie für eine anonyme Erforschung der Beweggründe für die Schwangerschaftsabbrüche?

Ja Nein Keine Angabe

6. Oft werden Frauen von ihrem Umfeld oft unter Druck gesetzt, abzutreiben. Dieser Druck kann vom Partner der Frau, vom Arbeitgeber, bzw. bei Teenagerschwangerschaften von den Eltern der Schwangeren ausgeübt werden. Welche Vorschläge haben Sie, um hier von politischer Seite Verbesserungen zu erwirken?

Mehr Beratungsangebote für Frauen ...

7. Raum für weitere Anmerkungen

—

Federspiel Rudi, FPÖ

Landesliste (Platz 9)

1. "Das Land Tirol soll Abtreibungen an Landeskrankenhäusern bzw. Abtreibungsambulatorien auch in Zukunft nicht mit Steuergeldern finanzieren." Stimmen Sie dieser Aussage zu?

Ja Nein Keine Angabe

2. Im Bundesland Salzburg gibt es einen Hilfsfonds, der Schwangere in Not finanziell unterstützt, um ein Ja zum Kind zu ermöglichen. Soll ein ähnlicher Fonds auch in Tirol installiert werden?

Ja Nein Keine Angabe

3. Das Land Tirol zahlt unter bestimmten Voraussetzungen einen Teil der Abtreibungskosten. Finden Sie es bedenklich, Steuergeld für diesen Zweck einzusetzen?

Ja Nein Keine Angabe

4. Unterstützen Sie die Einführung einer mindestens 3-tägigen Bedenkzeit zwischen Anmeldung und Durchführung eines Schwangerschaftsabbruchs, wie dies auch bei anderen, nicht notwendigen operativen Eingriffen vorgesehen ist?

Ja Nein Keine Angabe

5. Schätzungen zufolge werden in Österreich jährlich 35.000 Abtreibungen durchgeführt. Sind Sie für eine anonyme Erforschung der Beweggründe für die Schwangerschaftsabbrüche?

Ja Nein Keine Angabe

6. Oft werden Frauen von ihrem Umfeld oft unter Druck gesetzt, abzutreiben. Dieser Druck kann vom Partner der Frau, vom Arbeitgeber, bzw. bei Teenagerschwangerschaften von den Eltern der Schwangeren ausgeübt werden. Welche Vorschläge haben Sie, um hier von politischer Seite Verbesserungen zu erwirken?

*Professionelle Beratung von seriösen Mediziner*innen. Oder von Organisationen die sich mit diesem Thema befassen. Jeden Zwang auf Frauen lehne ich ab.*

7. Raum für weitere Anmerkungen

—

Kofler Gudrun, FPÖ

Landesliste (Platz 7)

1. "Das Land Tirol soll Abtreibungen an Landeskrankenhäusern bzw. Abtreibungsambulatorien auch in Zukunft nicht mit Steuergeldern finanzieren." Stimmen Sie dieser Aussage zu?

Ja Nein Keine Angabe

2. Im Bundesland Salzburg gibt es einen Hilfsfonds, der Schwangere in Not finanziell unterstützt, um ein Ja zum Kind zu ermöglichen. Soll ein ähnlicher Fonds auch in Tirol installiert werden?

Ja Nein Keine Angabe

3. Das Land Tirol zahlt unter bestimmten Voraussetzungen einen Teil der Abtreibungskosten. Finden Sie es bedenklich, Steuergeld für diesen Zweck einzusetzen?

Ja Nein Keine Angabe

4. Unterstützen Sie die Einführung einer mindestens 3-tägigen Bedenkzeit zwischen Anmeldung und Durchführung eines Schwangerschaftsabbruchs, wie dies auch bei anderen, nicht notwendigen operativen Eingriffen vorgesehen ist?

Ja Nein Keine Angabe

5. Schätzungen zufolge werden in Österreich jährlich 35.000 Abtreibungen durchgeführt. Sind Sie für eine anonyme Erforschung der Beweggründe für die Schwangerschaftsabbrüche?

Ja Nein Keine Angabe

6. Oft werden Frauen von ihrem Umfeld oft unter Druck gesetzt, abzutreiben. Dieser Druck kann vom Partner der Frau, vom Arbeitgeber, bzw. bei Teenagerschwangerschaften von den Eltern der Schwangeren ausgeübt werden. Welche Vorschläge haben Sie, um hier von politischer Seite Verbesserungen zu erwirken?

Ich finde es sehr wichtig, dass man sich für dieses Thema einsetzt und nach Lösungen sucht, um die Frauen, die ungewollt schwanger sind, bestmöglich und wertungsfrei zu unterstützen.

7. Raum für weitere Anmerkungen

—

Walch Fabian, FPÖ

Wahlkreis 8 (Reutte)

1. "Das Land Tirol soll Abtreibungen an Landeskrankenhäusern bzw. Abtreibungsambulatorien auch in Zukunft nicht mit Steuergeldern finanzieren." Stimmen Sie dieser Aussage zu?

Ja Nein Keine Angabe

2. Im Bundesland Salzburg gibt es einen Hilfsfonds, der Schwangere in Not finanziell unterstützt, um ein Ja zum Kind zu ermöglichen. Soll ein ähnlicher Fonds auch in Tirol installiert werden?

Ja Nein Keine Angabe

3. Das Land Tirol zahlt unter bestimmten Voraussetzungen einen Teil der Abtreibungskosten. Finden Sie es bedenklich, Steuergeld für diesen Zweck einzusetzen?

Ja Nein Keine Angabe

4. Unterstützen Sie die Einführung einer mindestens 3-tägigen Bedenkzeit zwischen Anmeldung und Durchführung eines Schwangerschaftsabbruchs, wie dies auch bei anderen, nicht notwendigen operativen Eingriffen vorgesehen ist?

Ja Nein Keine Angabe

5. Schätzungen zufolge werden in Österreich jährlich 35.000 Abtreibungen durchgeführt. Sind Sie für eine anonyme Erforschung der Beweggründe für die Schwangerschaftsabbrüche?

Ja Nein Keine Angabe

6. Oft werden Frauen von ihrem Umfeld oft unter Druck gesetzt, abzutreiben. Dieser Druck kann vom Partner der Frau, vom Arbeitgeber, bzw. bei Teenagerschwangerschaften von den Eltern der Schwangeren ausgeübt werden. Welche Vorschläge haben Sie, um hier von politischer Seite Verbesserungen zu erwirken?

Es muss wieder ein positives Bild geschaffen werden. Kinder sind keine Karrierekiller oder schlecht für die Umwelt. Die Politik muss alles daran setzen, die Familie zu stärken und diese zu animieren Kinder zu bekommen. Ohne Kinder brauchen wir keine Politik machen, da es dann keine Zukunft gibt.

7. Raum für weitere Anmerkungen

–

Arslan Zeliha, Grüne

Landesliste (Platz 3)

1. "Das Land Tirol soll Abtreibungen an Landeskrankenhäusern bzw. Abtreibungsambulatorien auch in Zukunft nicht mit Steuergeldern finanzieren." Stimmen Sie dieser Aussage zu?

Ja Nein Keine Angabe

2. Im Bundesland Salzburg gibt es einen Hilfsfonds, der Schwangere in Not finanziell unterstützt, um ein Ja zum Kind zu ermöglichen. Soll ein ähnlicher Fonds auch in Tirol installiert werden?

Ja Nein Keine Angabe

3. Das Land Tirol zahlt unter bestimmten Voraussetzungen einen Teil der Abtreibungskosten. Finden Sie es bedenklich, Steuergeld für diesen Zweck einzusetzen?

Ja Nein Keine Angabe

4. Unterstützen Sie die Einführung einer mindestens 3-tägigen Bedenkzeit zwischen Anmeldung und Durchführung eines Schwangerschaftsabbruchs, wie dies auch bei anderen, nicht notwendigen operativen Eingriffen vorgesehen ist?

Ja Nein Keine Angabe

5. Schätzungen zufolge werden in Österreich jährlich 35.000 Abtreibungen durchgeführt. Sind Sie für eine anonyme Erforschung der Beweggründe für die Schwangerschaftsabbrüche?

Ja Nein Keine Angabe

6. Oft werden Frauen von ihrem Umfeld oft unter Druck gesetzt, abzutreiben. Dieser Druck kann vom Partner der Frau, vom Arbeitgeber, bzw. bei Teenagerschwangerschaften von den Eltern der Schwangeren ausgeübt werden. Welche Vorschläge haben Sie, um hier von politischer Seite Verbesserungen zu erwirken?

Es muss vor allem die Selbstbestimmung der Frauen und Mädchen* gestärkt werden. Es kommt auch viel Druck von religiösen Einrichtungen, politischen Parteien und von gesellschaftlichen Denkmustern. Wir brauchen mehr unabhängige und nicht-kirchlichen Beratungseinrichtungen zu den Themen Sexualität, Saver-Sex, Verhütung, Abtreibung und Aufklärung. Verhütungsmittel und Schwangerschaftstests auf Kosten der Krankenkasse Sichere, kostenlose und medizinisch begleitete Abtreibungen müssen flächendeckend in Tirol angeboten werden.*

7. Raum für weitere Anmerkungen

Die Fremdbestimmung über den weiblichen Körper ist tief verankert in der Gesellschaft. Wir brauchen die Enttabuisierung der weiblichen Sexualität, kostenlose Verhütungsmittel für Jungen und Mädchen, Sexualekunde von externen Expert:innen in Schulen und den flächendeckenden Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen

Meir Gebi, Grüne

Landesliste (Platz 1)

1. "Das Land Tirol soll Abtreibungen an Landeskrankenhäusern bzw. Abtreibungsambulatorien auch in Zukunft nicht mit Steuergeldern finanzieren." Stimmen Sie dieser Aussage zu?

Ja Nein Keine Angabe

2. Im Bundesland Salzburg gibt es einen Hilfsfonds, der Schwangere in Not finanziell unterstützt, um ein Ja zum Kind zu ermöglichen. Soll ein ähnlicher Fonds auch in Tirol installiert werden?

Ja Nein Keine Angabe

3. Das Land Tirol zahlt unter bestimmten Voraussetzungen einen Teil der Abtreibungskosten. Finden Sie es bedenklich, Steuergeld für diesen Zweck einzusetzen?

Ja Nein Keine Angabe

4. Unterstützen Sie die Einführung einer mindestens 3-tägigen Bedenkzeit zwischen Anmeldung und Durchführung eines Schwangerschaftsabbruchs, wie dies auch bei anderen, nicht notwendigen operativen Eingriffen vorgesehen ist?

Ja Nein Keine Angabe

5. Schätzungen zufolge werden in Österreich jährlich 35.000 Abtreibungen durchgeführt. Sind Sie für eine anonyme Erforschung der Beweggründe für die Schwangerschaftsabbrüche?

Ja Nein Keine Angabe

6. Oft werden Frauen von ihrem Umfeld oft unter Druck gesetzt, abzutreiben. Dieser Druck kann vom Partner der Frau, vom Arbeitgeber, bzw. bei Teenagerschwangerschaften von den Eltern der Schwangeren ausgeübt werden. Welche Vorschläge haben Sie, um hier von politischer Seite Verbesserungen zu erwirken?

Wir setzen uns immer für eine Stärkung druckfreier Entscheidungen ein. Selbstbestimmt ist sogar einer der sechs Grundwerte der Grünen. Sozialer oder finanzieller Druck darf nie ausschlaggebend sein, hier müssen wir dafür sorgen dass Zwänge reduziert werden.

7. Raum für weitere Anmerkungen

Die Tiroler Grünen haben sich, unter Federführung der Grünen Frauen intensiv mit dem Thema Schwangerschaftsabbrüche auseinandergesetzt. Das Thema ist viel breiter als es sich mit einigen Ja/Nein-Klicks darstellen lässt. Deshalb lade ich Sie ein, unser gesamtes Wahlprogramm anzusehen - das findet sich hier: <https://tirol.gruene.at/themen/>

Haselwanter-Schneider Andrea, Liste Fritz

Landesliste (Platz 1)

1. "Das Land Tirol soll Abtreibungen an Landeskrankenhäusern bzw. Abtreibungsambulatorien auch in Zukunft nicht mit Steuergeldern finanzieren." Stimmen Sie dieser Aussage zu?

Ja Nein Keine Angabe

2. Im Bundesland Salzburg gibt es einen Hilfsfonds, der Schwangere in Not finanziell unterstützt, um ein Ja zum Kind zu ermöglichen. Soll ein ähnlicher Fonds auch in Tirol installiert werden?

Ja Nein Keine Angabe

3. Das Land Tirol zahlt unter bestimmten Voraussetzungen einen Teil der Abtreibungskosten. Finden Sie es bedenklich, Steuergeld für diesen Zweck einzusetzen?

Ja Nein Keine Angabe

4. Unterstützen Sie die Einführung einer mindestens 3-tägigen Bedenkzeit zwischen Anmeldung und Durchführung eines Schwangerschaftsabbruchs, wie dies auch bei anderen, nicht notwendigen operativen Eingriffen vorgesehen ist?

Ja Nein Keine Angabe

5. Schätzungen zufolge werden in Österreich jährlich 35.000 Abtreibungen durchgeführt. Sind Sie für eine anonyme Erforschung der Beweggründe für die Schwangerschaftsabbrüche?

Ja Nein Keine Angabe

6. Oft werden Frauen von ihrem Umfeld oft unter Druck gesetzt, abzutreiben. Dieser Druck kann vom Partner der Frau, vom Arbeitgeber, bzw. bei Teenagerschwangerschaften von den Eltern der Schwangeren ausgeübt werden. Welche Vorschläge haben Sie, um hier von politischer Seite Verbesserungen zu erwirken?

Einrichtung von mehr Hilfs- und Beratungsangeboten bzw. Anlaufstellen für Frauen.

7. Raum für weitere Anmerkungen

Ein Schwangerschaftsabbruch ist eine sehr persönliche Entscheidung. Es gibt eine gesetzliche Grundlage, die mir nicht gefallen muss, aber wenn es sie gibt, dann müssen auch die Rahmenbedingungen zur Verfügung gestellt werden. Prinzipiell gefällt mir der Ansatz über Hilfsangebote und Beratung, Bedenkzeit und Unterstützung den Frauen, die momentan keinen Ausweg sehen den betroffenen Frauen eine Perspektive zu bieten.

NEOS

Keiner der NEOS-Kandidaten hat die Befragung beantwortet. Die Landesgeschäftsführung der NEOS Tirol hat uns jedoch ein kurzes Statement zugesendet:

Die Forderungen von Fairändern werden von NEOS nicht unterstützt. Entscheidung darüber, eine Schwangerschaft abubrechen, macht sich keine Frau leicht. Das Ziel muss es deshalb sein, die Anzahl der durchgeführten Schwangerschaftsabbrüche zu reduzieren. Wir machen uns für mehr sexuelle Bildung und einen leichteren Zugang zu Verhütungsmitteln stark. Denn Prävention und Bildung sind der beste Weg, um beispielsweise ungewollte Schwangerschaften zu verhindern.

MFG

Trotz mehrmaliger Nachfrage wurde seitens der MFG keine Stellungnahme abgegeben. Im Parteiprogramm der MFG wird Abtreibung auf Krankenschein gefordert, dieses ist jedoch nicht öffentlich einsehbar. Hr. Pöttler, Bundesgeschäftsführer der MFG, hat dies jedoch in einem Interview bestätigt:

<https://report24.news/mfg-poettler-zu-dringendem-politikwechsel-eu-mitgliedschaft-und-faellen-fuer-die-korruptionsjaeger/>